

Plan für eine lebenswerte Zukunft in Ostdeutschland

DIE LINKE.

Von gleichwertigen Lebensverhältnissen weit entfernt

Fast 30 Jahre nach der Vereinigung unterscheidet sich das Leben im Osten der Bundesrepublik noch immer grundlegend von dem im Westen. Entscheidungen, die die Treuhand und die Politik des sogenannten »Aufbau Ost« getroffen haben, bestimmen noch heute die Entwicklungspfade der ostdeutschen Gesellschaft. Die Regionalförderung der vergangenen Jahrzehnte, die Projekte, die aus den Strukturfonds der Europäischen Union finanziert, auf den Weg gebracht wurden – sie haben daran nichts Grundlegendes geändert. Zwar wurden viele Ortskerne restauriert. Einige wirtschaftliche Cluster-Regionen wie Jena, Erfurt, Dresden oder Leipzig sind entstanden, in denen die wirtschaftlichen Kennzahlen besser sind. Strukturell und im Durchschnitt aber bilden die fünf Ostbundesländer immer noch die größte zusammenhängende strukturschwache Region Deutschlands: Die Löhne im Osten sind niedriger, die Wirtschaftsleistung, Einkommen und Vermögen sind geringer, die Netzabdeckung schlechter, die Zukunft von Sorgen geprägt. Die Finanzstruktur der kommunalen Haushalte ist problematisch. Zwar waren in den letzten Jahren höhere Steuereinnahmen zu verzeichnen, die Haushaltsüberschüsse flossen jedoch allzu oft zur Schuldentilgung an die Banken und nicht in notwendige Investitionen. Der Deckel auf den kommunalen Haushalten vermittelt den Menschen: Für zentrale Bedürfnisse des Lebens ist kein Geld da. Und dass die Interessen der einen Gruppe immer zu Lasten anderer Bevölkerungsgruppen gehen. Das ist auch ein Nährboden für Missgunst und Rassismus.

Viele kennen das Gefühl, dass die eigenen Lebensleistungen – oder die der Eltern – nicht anerkannt werden. Dass der gesellschaftliche Vertrag, nach dem sich harte Arbeit gegen soziale Absicherung tauscht, nicht mehr gilt. Ungleichheit wird vererbt: In der DDR wurde kaum Vermögen in privater Hand gebildet. Das spürt selbst die dritte Generation noch: Sie hat systematisch schlechtere Chancen, die Lücken in der öffentlichen Daseinsvorsorge privat auszugleichen. Sie kann nicht auf ein Familienerbe hoffen, um dauerhafte prekäre Lebensverhältnisse zumindest in der zweiten Lebenshälfte abzufedern, oder auf dem angespannten Mietwohnungsmarkt auf eine Eigentumswohnung der Eltern ausweichen.

Die besonderen Ost-West-Spaltungen, die quer durch Deutschland und Europa gehen, bedeuten für viele Menschen eine Erfahrung von Abwertung. Selbst dort, wo Hochkonjunktur auf dem Arbeitsmarkt herrscht, bleibt Ostdeutschland ein Niedriglohnland mit schlechten Arbeitsbedingungen. Die durchschnittlichen Bruttostundenlöhne liegen drei bis sechs Euro unter denen der westdeutschen Flächenbundesländer. Prekäre und atypische Beschäftigungsverhältnisse haben zugenommen – von 28 Prozent im Jahre 2005 auf 38 Prozent im Jahr 2016. Niedrigere Löhne und Renten sagen auch: Ihr seid weniger wert. Fast jede und jeder Zweite fühlt sich in seiner oder ihrer Arbeit nicht wertgeschätzt. Auch unter qualifizierten Beschäftigten mit unbefristeten Arbeitsverträgen ist die Wahrnehmung verbreitet, dass die eigene Leistung nicht anerkannt wird und man immer von sozialem Abstieg bedroht ist. Ostdeutsche Beschäftigte waren lange bereit, Leistungen auch unter harten Bedingungen abzuliefern und eigene Interessen zurückzustellen: im Interesse des Betriebs und mit Blick auf die für alle schlechteren Perspektiven im Osten. Diese Bereitschaft zum Verzicht lässt nach, die neue Generation ist am Ende der Bescheidenheit – zu Recht. Der Kampf geht um mehr als »nur« die Lohnhöhe: Diese ist zum Symbol geworden für mehr Gerechtigkeit, Anerkennung, mehr Zeit für Freundinnen und Freund sowie Familie, mehr Mit- und Selbstbestimmung.

Einige der hier beschriebenen Erfahrungen kennen auch die Menschen in westlichen Regionen nach einem industriellen Umbruch: Auch in den ehemaligen Kohlerevieren im Westen zum Beispiel haben Viele das Gefühl, dass ihre Lebensleistungen nicht gewürdigt werden, dass nicht mehr gilt, was einmal ein stolzer Beitrag zur Gesellschaft war. Die nachindustriellen Regionen in Nordrhein-Westfalen sind auf ähnliche Weise abgehängt worden wie Ostdeutschland. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die wirtschaftlichen Umbrüche sozial gerecht und umweltverträglich zu gestalten und die Menschen vor Ort demokratisch zu beteiligen. Die Bilanz der Bundesregierung ist katastrophal.

Die Treuhand hat einen großen Anteil an der dauerhaften Demontage der ostdeutschen Gesellschaft gehabt. Der Prozess, in dem ohne demokratische Legitimierung eine große Gruppe westdeutscher Manager die Verfügungsgewalt über 8 000 Betriebe und 4 Millionen Beschäftigte bekommen hat, ist beispiellos und muss aufgearbeitet werden. Statt die volkseigenen Betriebe zum Nutzen der Bevölkerung im Osten einzusetzen, wurden viele funktionsfähige Einheiten stillgelegt, in westdeutsche Unternehmen eingegliedert oder verschenkt. Die staatliche »Förderung« ostdeutscher Wirtschaft wanderte vielfach in die Unternehmenskassen der westdeutschen Konkurrenz (Kalisalz, Vulkan-Werft), die plötzlich »Mutterkonzern« waren. Der öffentlichen Hand im Osten blieben vor allem Nachsorgekosten und willkürlich festgelegte kommunale »Altschulden«.

■ DIE LINKE beantragt im Bundestag einen Untersuchungsausschuss, der aufarbeiten soll, wer auf Grundlage welcher Expertisen und zu wessen Gunsten die wirtschaftlichen Entscheidungen gefällt hat.

Die Probleme der ostdeutschen Gesellschaft sind leicht zu erklären, wirft man einen Blick auf die – gesamtdeutschen – Wirtschafts- und Machtstrukturen. Die Herausforderungen in Ostdeutschland sind gesamtdeutsche. Sie sind Herausforderungen der sozialen Gerechtigkeit.

Die Zukunft zurückgewinnen

DIE LINKE legt hier ihren *Zukunftsplan Ost* vor. Im Mittelpunkt steht, dass die Menschen die Zukunft zurückgewinnen. Eine Zukunft, in der die Lebensleistung der Menschen im Osten anerkannt wird. In der sich Menschen, die die DDR erlebt haben, nachfolgende Generationen und neu Hinzugezogene wohl fühlen.

Unser Zukunftsplan für den Osten dreht sich nicht nur um Fördergelder, sondern um einen Pfadwechsel zu einer Wirtschaft, die Werte vor Ort schafft und realisiert. Die nicht nur Gelder und Steuervorteile an große Unternehmen verteilt, sondern für und mit den Regionen, mit den Menschen vor Ort berät, was nötig ist und wie es erreicht werden kann. Unser Zukunftsplan ist ein Mittel gegen das Gefühl des Zurückgelassensein, das in den »abgehängten Regionen« wächst. Ein Programm für Zukunft und sozialen Zusammenhalt ist auch ein Programm gegen Rassismus. Wer eine Zukunft für die Menschen im Osten will, der darf sie nicht über die Köpfe der Menschen entwerfen. Diese Erfahrung haben die Menschen im Osten schon zu oft gemacht. Es geht darum, gemeinsam eine lebenswerte Zukunft zu entwerfen, die von den Menschen vor Ort getragen, gestaltet, entschieden wird.

Eines ist in Ostdeutschland ganz deutlich zu sehen: Der Markt allein, die Fixierung auf eine Integration in den Weltmarkt wird es nicht richten. Durch die Integration in den Weltmarkt entstehen keine tragfähigen wirtschaftlichen Strukturen, diese müssen vielmehr zuerst aufgebaut werden. Darin liegt auch die Chance für eine bewusste Gestaltung dieser Strukturen. **Es braucht neue Träume, neue Formen der Steuerung, neue Formen von Wissen und Entwicklung, damit der Osten eine Zukunft hat.**

»Ostpolitik« unter neuen Vorzeichen

Die Wirtschaftskraft der ostdeutschen Flächenländer beträgt im Durchschnitt immer noch nur 68 Prozent im Vergleich zu den westdeutschen. Die Angleichung ist in den letzten Jahren zum Stillstand gekommen ist. Auch das Niveau der Investitionen in Ausrüstungen und Anlagen je Einwohner (62 Prozent des Westniveaus) ist kein Zeichen für ein Aufholen der Wirtschaftskraft im Osten. **Der »Aufbau Ost« als »Nachbau West« ist endgültig gescheitert:** Der Kern der ostdeutschen Probleme liegt darin begründet, dass kein selbsttragender, nachhaltiger Entwicklungspfad erreicht wurde. Daran ändern auch die partiellen Erfolge nichts.

Das ostdeutsche Wirtschaftsprofil hat häufig eine untergeordnete Funktion in der Wertschöpfungskette. Als eine Art verlängerter Werkbank werden die Werte vielfach woanders – im Westen – realisiert. Das hat die ungleiche Entwicklung dieser Region in der Wirtschafts- und Steuerkraft sowie in der Entwicklung der Einkommen der Beschäftigten seit 1989/1990 zementiert.

Selbst in der Förderlandschaft herrscht Ungleichheit: Bestehende Förderprogramme werden oftmals nicht genutzt, weil vor Ort Planungskapazitäten in den Verwaltungen fehlen. Dies führt zu einem Ungleichgewicht bei der Fördermittelvergabe: Kommunen, die schon schlechter ausgestattet sind, haben größere Schwierigkeiten, an den Förderprogrammen teilzunehmen. Dagegen hilft: Qualifikation, Beratung und Personal in den Verwaltungen und für die Verwaltungen stärken. Damit die öffentliche Hand auch wieder handlungsfähig wird. Eine Angleichung der Wirtschaftskraft ist allerdings kein Garant für eine Angleichung der Einkommens-, Wohlstands- und damit Lebensverhältnisse. Für uns ist die Angleichung der Löhne, Renten und Einkommen wichtiger als die Angleichung von abstrakten Wirtschaftsindikatoren.

Eine Zukunftswirtschaft im Osten: mit guten Löhnen, guten öffentlichen Dienstleistungen, demokratisch und ökologisch

Unser Ziel sind gleichwertige Lebensverhältnisse und gleiche Lebenschancen, gute Arbeit und soziale Sicherheit. Wir setzen auf eine regional verankerte Wirtschaft, die sich an den Bedürfnissen der Menschen in den jeweiligen Regionen ausrichtet. Was in der Region an Waren und Dienstleistungen konsumiert wird, soll viel mehr als heute auch in der Region produziert werden. DIE LINKE setzt auf die Idee von gemeinwohlorientierten und genossenschaftlichen Wirtschaftskonzepten. Gegen die Dominanz marktwirtschaftlicher Verwertungs- und Effizienzlogik setzen wir uns für eine gute Versorgung, eine bedarfsgerechte öffentliche Daseinsvorsorge und den Stopp der Privatisierung von öffentlichem Eigentum ein. Unsere Vision ist ein anderer Entwicklungspfad, der im Osten – und in anderen Regionen – eingeschlagen werden muss. Dabei verankern wir neue Kriterien für das Verständnis einer funktionierenden Wirtschaft und erfolgreichen Gesellschaft:

- Gute Arbeit, Tariftreue und Einhaltung von einem Vergabemindestlohn stellen wir an erste Stelle.
- Wir wollen regionale Wertschöpfung fördern.
- Gleichzeitig müssen Klimaschutz und Nachhaltigkeit befördert werden.
- Wir bringen demokratische Wirtschafts- und Eigentumsformen voran.
- Wir wollen den Menschen im Osten eine gute öffentliche Daseinsvorsorge mit angemessener sozialer Infrastruktur garantieren und eine lebenswerte Zukunft schaffen.
- Die strukturelle Benachteiligung bei Löhnen und Renten wollen wir beenden und einheitliche Rechtsrahmen schaffen.

Zukunft braucht Strukturen: Investitionen in soziale Infrastruktur

Die öffentliche, soziale wie technische Infrastruktur hat einen wesentlichen Anteil an der Lebensqualität vor Ort. Wenn die Rede davon ist, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt verloren geht, hängt das nicht zuvorderst mit Werten oder großen Worten wie Heimat zusammen. Das Gefühl von Zusammenhalt und Verbundenheit hängt mit den realen Strukturen zusammen, die Menschen miteinander verbinden und die Gemeinsamkeiten stiften: Das Gefühl von Sicherheit, das Gefühl, dass die Zukunft offen ist und das eigene Leben sich planen lässt, sind eng verwoben damit, ob die Kinderbetreuung vorhanden und bezahlbar ist. Ob die Entfernung zum nächsten Krankenhaus oder

zum Arzt nicht selbst ein Gesundheitsrisiko ist. Ob es einen Ort für Austausch gibt und für die Jugendlichen einen Probenraum. Ob der »Gang« aufs Amt oder zum Einkaufen nur mit Auto geht oder man lange auf den Bus warten muss. Eine Zukunft in der Region können sich Menschen vorstellen, wenn sie das Gefühl haben, die Region hat eine Zukunft. Im Zentrum des LINKEN Plans für eine Zukunft im Osten steht: »Den Rückbau und Investitionsstau bei der sozialen und technischen Infrastruktur der vergangenen Jahrzehnte umzukehren. Für ein gutes Leben im Osten.«

1. Mehr Mobilität mit weniger Verkehr

Eine Wende in der Verkehrspolitik ist dringend notwendig. Für das Klima, für die Lebensqualität in den Städten und für das Leben auf dem Land. DIE LINKE versteht Mobilität als Grundrecht. Auch in der EU muss sie als essenzielle Dienstleistung verstanden werden, auf die jeder und jede in der EU einen Rechtsanspruch hat. Das gilt in den ländlichen Gebieten, die durch Privatisierungen und Kürzungsmaßnahmen buchstäblich von der Welt abgeschnitten wurden. Das betrifft besonders die ländlichen Regionen im Osten, in denen der öffentliche Verkehr oft auf zwei Busse pro Tag und die Schulanbindung reduziert ist. Und das gilt für die Städte, die unter der Belastung der Autoabgase in die Knie gehen.

Unsere Vision für die Mobilität der Zukunft im Osten ist: Aufatmen und gute Verbindungen, bei denen alle mitfahren. Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr so ausbauen, dass niemand mehr auf ein eigenes Auto angewiesen ist. Dabei geht es nicht nur um funktionale Anbindung an die nächste Stadt für die Berufspendlerinnen und -pendler. Wir wollen ein Netz unterschiedlicher Verkehrsformen auch zwischen den Dörfern auflegen, ergänzt durch ein öffentliches, gemeinnütziges Carsharing.

■ Wir haben einen Plan, wie in Deutschland innerhalb von 12 Jahren ein flächendeckender kostenfreier Nahverkehr eingeführt werden kann. Als erster Schritt fahren alle Kinder und Jugendlichen kostenlos.

■ Der Nahverkehr muss ausgebaut werden – nicht nur, weil die Nutzung zunehmen wird, wenn er kostenfrei funktioniert. Ein verbindlicher Plan für den ÖPNV muss von einer Industriestrategie begleitet werden, die die Produktion von kollektiven Verkehrsmitteln voranbringt. Wichtige Produktionszentren liegen hier im Osten der Republik (z. B. Bombardier, Stadler). Durch einen bundesweiten (und europaweiten) Ausbauplan für die Verkehrsinfrastruktur entsteht hier Sicherheit, damit Kapazitäten aufgebaut werden und Arbeitsplätze entstehen.

■ Eine solche langfristige Strategie bietet auch Perspektiven für die Konversion von Automobil- und Zulieferindustrie insgesamt. **Mit einer gesicherten Nachfrage nach Schienenfahrzeugen und einer Innovationsstrategie für die Herstellung von emissionsfreien Bussen** können neue Perspektiven eröffnet werden.

■ Um die notwendigen Investitionsmittel für den Ausbau der Kapazitäten abzusichern, wollen wir eine Kooperation von regionalen Sozial- und Wirtschaftsräten und regionalen Entwicklungsgesellschaften in Zusammenarbeit mit Landesförderbanken ermöglichen. Öffentliche Förderungen sollen allerdings auch mit erhöhten Mitspracherechten für die öffentliche Hand einhergehen.

2. Öffentliche Gesundheitszentren für bessere Versorgung

Durch integrierte Versorgungsformen wie Polikliniken in öffentlicher Hand und mobile Praxen können die Versorgung verbessert und die Arbeitsbedingungen für Ärztinnen und Ärzte attraktiver werden. DIE LINKE streitet für eine angemessene Personalbemessung: 100 000 Pflegekräfte mehr in deutschen Krankenhäusern. Privatisierungen von Krankenhäusern und den Börsengang von Gesundheitskonzernen wollen wir unterbinden.

■ Wir wollen Kommunen unterstützen, eigene **Polikliniken und medizinische Versorgungszentren** zu gründen. Auch eine ans Konzept der »Gemeindeschwester« angelehnte **wohntnahe Versorgung mit grundlegender Gesundheitspflege**.

■ Grundlage muss eine regionale Bedarfsplanung sein, die den tatsächlichen Bedarf besser erhebt.

■ Gute Arbeit in der häuslichen Pflege: Statt profitorientierter Pflegekonzerne wollen wir für die mobile Pflege und haushaltsnahe Dienstleistungen öffentliche (genossenschaftliche, gemeinnützige) Plattformen einrichten, die den Beschäftigten gute Löhne, Arbeitsbedingungen und Sozialversicherungen garantieren.

3. Bildung und Wissenschaft

Gute Bildung beginnt bei einer guten, flächendeckenden Versorgung mit Kita-Angeboten, auch in ländlichen Regionen, mit guten Löhnen und guten Arbeitsbedingungen, die die besondere Belastung der Beschäftigten in den Kitas berücksichtigen.

■ Wir wollen einen bundeseinheitlichen Betreuungsschlüssel von 1:3 für Kinder unter drei Jahren und 1:8 für ältere Kinder und Ganztagsbetreuung.

■ Kitagebühren wollen wir abschaffen (Elternbeitragsfreiheit).

■ Wohnortnahe Versorgung mit Kita-Plätzen muss auch in kleinen Orten sichergestellt werden.

Auch im Sinne kurzer Schulwege darf die Planung und Finanzierung dieser Einrichtungen der sozialen Infrastruktur nicht allein von Schülerzahlen und Auslastungskennziffern bestimmt werden. Gemeinschaftsschulen sowie Schulverbund-Lösungen können, gerade in schrumpfenden ländlichen Gemeinden, innovative Formen einer flexiblen Kita- und Schulentwicklung sein, die sich trotz sinkender Schülerzahlen nicht aus der Fläche zurückzieht.

Schulgebäude, Schwimm- und Sporthallen sind häufig baufällig und können nicht mehr genutzt werden. Der Fonds der Bundesregierung ist vom Umfang her völlig unzureichend und deckt kaum ein Zehntel des tatsächlichen Investitionsstaus ab. Gleichzeitig werden vorhandene Fördermöglichkeiten nicht ausreichend genutzt: Häufig fehlt es in der Verwaltung an Kapazitäten für die Planung, weil Personal abgebaut wurde oder weil nach Jahren des Rückbaus und der Privatisierung das Wissen über eigenständige Planungsprozesse fehlt. Viele Kommunen können die notwendigen Mittel zu Ko-Finanzierung nicht aufbringen. Beides muss systematisch geändert werden.

■ Wir wollen **regionale Planungs- und Beratungsstellen** in öffentlicher Hand schaffen, die Kommunen bei Projekten unterstützen oder diese gänzlich für sie durchführen. Insbesondere in kleineren Kommunen werden bestimmte Vorhaben wie der Neubau einer Schule oder Kita, Rekommunalisierung von Energie oder ÖPNV nur in größeren zeitlichen Abständen realisiert, trotzdem sollen Kommunen auf nötige spezialisierte Planungskapazitäten problemlos zugreifen können.

Die **Hochschulen** stellen wichtige Wissenszentren für die sozial-ökologische Umgestaltung dar. Sie sollen und können noch stärker zu Bestandteilen erforderlicher regionaler Innovationssysteme werden. Nicht die Förderung von wenigen Exzellenzclustern ist zukunftsweisend. DIE LINKE setzt auf eine breite Entwicklung von Hochschulen und will die Einheit von Forschung und Lehre erhalten. Die derzeitige Förderung führt dazu, dass »exzellente« Forschungszentren ohne viel Lehre und »Lehranstalten« weitgehend ohne Forschung entstehen. Die ostdeutschen Bundesländer brauchen eine dichte Hochschullandschaft, die ihre Anstöße zu Forschung und Lehre und der Entwicklung von Studienschwerpunkten aus dem Bedarf der Region und einer lebendigen zivilgesellschaftlichen Debatte zieht. Dann können Hochschulen Schaltstellen für Innovation, sozial-ökologischen Umbau und einen neuen, demokratischen Anfang öffentlichen und genossenschaftlichen Wirtschaftens sein.

Wir wollen Hochschulen in allen östlichen Regionen fördern.

■ Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die Förderung von kritischen Wissenschaften, die an der Ausarbeitung von Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen jenseits des Neoliberalismus arbeiten.

■ Wir wollen Verwaltungswissenschaften stärken, die zu bedarfsgerechter Planung und zur Gründung und Förderung öffentlicher und genossenschaftlicher Unternehmen befähigen.

■ Die Ausbildungen in Pflege, Krankenpflege und Erziehung wollen wir als Studiengänge auf Fachhochschulniveau etablieren. Die Gehaltsstruktur in diesen Berufen muss dieses Ausbildungsniveau und die große gesellschaftliche Bedeutung widerspiegeln: Die Löhne in Pflege und Erziehung müssen steigen!

4. Digitale Infrastruktur

Eine gute digitale Infrastruktur schafft Grundlagen für alltägliche Kommunikation, für Teilhabe an Medien und für die Entwicklung von Innovationen und Zukunftsträumen. Und sie ist Voraussetzung für gute ökonomische Entwicklung, sowohl für Unternehmen als auch für Selbständige und Kreative. Gerade wer seinen Beruf von unterschiedlichen Orten ausüben kann, wird sich immer für einen mit guter Netzabdeckung entscheiden. Deutschland hängt bei der digitalen Infrastruktur hinterher. Das gilt insbesondere für den Osten. **Die ostdeutschen Flächenländer belegen die hinteren Plätze, wenn es um die Breitbandversorgung der Haushalte mit mehr als 50 Mbit/s geht.** Für viele Kommunen sind zudem öffentliche WLAN-Angebote noch immer ein Fremdwort. Auch bei der Versorgung mit LTE sind die ostdeutschen Flächenländer in der zweiten Hälfte der Rangliste der Bundesländer zu finden. Die Menschen in den Grenzregionen spüren das besonders: wenn polnische und tschechische Netze flächendeckend stark sind, aber man **im eigenen Landkreis permanent im Funkloch** ist.

Die Regierungspolitik ist bei der Breitbandversorgung über Jahre hinweg den falschen Weg gegangen. Förderprogramme setzten auf falsche oder (fast) veraltete Technologien und bevorzugten private Anbieter. Dieser Ansatz ist gescheitert.

■ Die **Kommunen** (Kreise, kreisfreie Städte) müssen das Recht haben, das **Breitbandnetz** in ihrem Gebiet **selbständig aufzubauen und zu betreiben**, um Versorgungssicherheit bei hoher Qualität der Anschlüsse zu gewährleisten. Dabei ist die Zusammenarbeit zwischen Kommunen sinnvoll und muss vom Bund finanziell und über Beratungsleistungen gefördert werden. Der Vorrang privater Anbieter sowohl beim Ausbau als auch beim Betrieb der regionalen Breitbandnetze muss abgeschafft werden.

■ Über Digitalbeiräte kann dauerhaft der Einfluss von Einwohnerinnen und Einwohnern garantiert werden.

■ Die Investitionen in die digitale Infrastruktur müssen steigen. DIE LINKE hat in ihrem Investitionsplan bundesweit 10 Mrd. Euro pro Jahr vorgesehen, um den Breitbandausbau schnell voran zu treiben. Die durch Bundesmittel geschaffene Infrastruktur bleibt in öffentlicher Hand.

5. Soziale Zentren im ländlichen Raum schaffen

Gutes Leben und gute Daseinsvorsorge aus öffentlicher und gemeinnütziger Hand – das geht auch auf dem Land. Viele Dörfer sind mittlerweile vor allem »Schlafdörfer«: Einkaufen, Post verschicken, zum Arzt oder Frisör gehen, Brötchen holen – die alltäglichsten Angelegenheiten lassen sich nur außerhalb erledigen. Die Discounter vor dem Dorf (oder dem übernächsten) haben die Dorfläden längst überwältigt. Ihre Zulieferungen kommen meist von weit her und nutzen nicht selten die süd- und osteuropäischen Armutslohne. Für ein gutes Leben auf dem Land will DIE LINKE Orte und Strukturen schaffen, die den Dörfern ihr Herz zurückgeben.

■ Wir wollen soziale Zentren in den Dörfern schaffen. Sie dienen als Orte der Begegnung und bieten grundlegende Dienstleistungen wie Post und Bank an. Sie können Räume für zivilgesellschaftliche Initiativen und für gemeinsames Kaffeetrinken bereithalten und einen Dorfladen mit Zugang zu Bestellplattformen der regionalen Produzenten. Hier können Bürgerinnen und Bürger beraten werden, die Genossenschaften gründen wollen. Jugendliche können ihre Ansprüche anmelden: Proberäume für Bands, digitale Werkstätten, Jugendkultur. Die Betreuung der sozialen Zentren findet über tariflich bezahlte Arbeitsplätze statt. Für 50 bis 60 soziale Zentren pro ostdeutschem Flächenland veranschlagen wir 100 Mio. Euro für den Zeitraum von fünf Jahren (vgl. Modellrechnung im Anhang).

■ Wir wollen regionale Produkte und Vertriebsstrukturen stärken. Produktionsgenossenschaften und Vertriebsgenossenschaften aus den Regionen sollen miteinander verbunden werden.

■ Digitale Dörfer: Wenn die Kommunen öffentliche Netze in guter Qualität anbieten, kann Digitalisierung zu besserer Lebensqualität führen. Bürgerdienste könnten digital abgewickelt werden, regionale Produkte angeboten, über kommunale Entscheidungen und Beteiligungsmöglichkeiten könnte größere Transparenz hergestellt werden.

Investitionen in gute Arbeit und regionale Wirtschaft

Löhne und Renten angleichen. Mehr Tarifbindung

Die Ostdeutschen arbeiten pro Jahr im Durchschnitt 67 Stunden länger und erhalten dafür durchschnittlich 5 000 Euro weniger Gehalt als ihre westdeutschen Kolleginnen und Kollegen. Allerdings: Wer nach Tarif bezahlt wird, verdient bereits heute im Osten kaum weniger als im Westen. Dass eine 1:1-Lohnangleichung möglich ist, hat zuletzt die IG BAU bewiesen. Für die mehr als 600 000 Beschäftigten des Gebäudereiniger-Handwerks wird die Anhebung der Löhne auf West-Niveau in vier Schritten bis 2020 realisiert. **Die Ost-West-Lohnmauer lässt sich dort überwinden, wo Gewerkschaften besonders einflussreich sind.**

■ Wir wollen, dass die unterschiedlichen Tarifgebiete Ost und West abgeschafft und im Öffentlichen Dienst gleiche Gehälter gezahlt bzw. die Arbeitszeiten angeglichen werden.

■ In vergleichbaren Branchen müssen bundesweit gleiche Arbeitszeiten und Urlaubsregelungen gelten.

■ Wir verbinden die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und Wirtschaftsförderung mit harten Anforderungen an Tariftreue und Mindestlohn.

Gleiche Rente für gleiche Lebensleistung

Die Ostrenten müssen sofort an das Westniveau angepasst werden.

■ Solange es noch starke Lohnunterschiede zwischen Ost und West gibt, muss die Umrechnung der Ostgehälter erhalten bleiben. Die Angleichung der Ostrenten darf nicht zum Nachteil der heute Beschäftigten führen.

■ Für Zeiten des Niedriglohns wollen wir generell für alle Beschäftigten in Ost wie West eine Hochwertung in der Rente einführen. Darum wollen wir die Rente nach Mindestentgeltpunkten entfristen und verbessern.

Mit Vergabe und Wirtschaftsförderung steuern

Die Instrumente der **Wirtschaftsförderung** können an soziale und beschäftigungspolitische Kriterien gebunden werden. Dies gilt insbesondere für die beiden wichtigsten Förderinstrumente – die

Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) und die Europäischen Strukturfonds. Um **regionale Wirtschaftsakteure** zu stärken, muss die öffentliche Hand die Losgrößen von Auftragsvergaben und Wirtschaftsförderung so gestalten, dass die kleineren und mittleren Unternehmen, Handwerker und Genossenschaften teilnehmen können. Eine Förderung aus der Wirtschaftsförderung muss an Bedingungen geknüpft werden:

- Tarifbindung bzw. tarifgleiche Entlohnung,
- keine Leiharbeit und Minijobs,
- keine sachgrundlos befristete Beschäftigung,
- eine verbindliche Ausbildungsquote,
- Frauenförderung,
- Beschäftigung benachteiligter Beschäftigtengruppen: Langzeiterwerbslose, Geflüchtete. Regionale Wertschöpfungsketten.

Im Mittelpunkt steht die Herausbildung einer sozial und ökologisch nachhaltig funktionierenden Wirtschaftsstruktur, die ihre Abhängigkeit von großen Ketten und Konzernen überwindet – und damit auch die Funktion des Ostens als »erweiterte Werkbank« westdeutscher Betriebe. Die Realisierung der Werte, **die Endpunkte der Wertschöpfungsketten, sollen so weit wie möglich selbst im Osten liegen.**

- Hierfür entwickeln wir Kriterien für die Wirtschaftsförderung.
- Ungleichheit innerhalb der Unternehmen gilt es zu bekämpfen. Daher sollen die **obersten Gehälter nicht mehr als das Zwanzigfache des untersten Gehaltes** betragen dürfen.

Die **Vergabe öffentlicher Aufträge** binden wir an **Kriterien: 1. Tariftreue, 2. ökologisches Wirtschaften, 3. kurze Wege** und Transportvermeidung.

■ Wir wollen einen **Vergabemindestlohn**, der sich an der Höhe der niedrigsten Gehaltsklasse des TV-L (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder) orientiert, verbindlich für die Vergabe machen. Das sind im Jahr 2020: 12,43 Euro/Std.

■ Wir wollen eine personelle Aufstockung der »Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS)« zur **Kontrolle des gesetzlichen Mindestlohns** und schlagkräftige Kontrollstellen der Länder für den Vergabemindestlohn.

■ DIE LINKE verpflichtet sich, diese Vergabekriterien in Deutschland, in Bund und Ländern, – besonders in denen DIE LINKE in Regierungsverantwortung ist – zu verankern.

Zukunft braucht Investitionen

Für gleichwertige Lebensbedingungen im Osten braucht es gezielte Impulse durch Investitionen. Um mindestens 50 Milliarden Euro müsste die Wirtschaftsleistung in den Flächenländern Ost höher sein, um an das Westbundesland mit der niedrigsten Wirtschaftsleistung aufzuschließen (Schleswig-Holstein) und damit auch die höheren Löhne tragen zu können. Um knapp 170 Milliarden Euro müsste die ostdeutsche Wirtschaftsleistung ausgeweitet werden, um im Durchschnitt der westlichen Bundesländer zu liegen.

Unser Konzept für eine Zukunftswirtschaft beinhaltet deshalb: Eine Lohnoffensive Ost, einen Investitionsplan Ost, der die wirtschaftliche Entwicklung voranbringt, und die Sicherung der Daseinsvorsorge. **Für die kommenden zehn Jahre** ergibt sich daraus ein Investitionsbedarf von mindestens 170 Milliarden Euro. Davon sollen **130 Milliarden Euro in die Wirtschaftsförderung** zum Aufbau von Produktionskapazitäten investiert werden. Mit **40 Milliarden Euro wollen wir den Investitionsstau in den Kommunen und Ländern** im Osten auflösen. Allein in den Kommunen besteht ein Investitionsstau von mindestens 24 Milliarden Euro in Schulen, Kitas, Gesundheitsinfrastruktur und Verkehrsinfrastruktur.

■ **Mehr Arbeitsplätze in Hoch- und Tiefbau und in der kollektiven Fahrzeugproduktion:** Eine langfristige Investitionsplanung schafft auch langfristige Perspektiven. Mit verbindlichen Investitionsplänen für den flächendeckenden Ausbau eines kostenfreien Nahverkehrs, für Sanierung von Schulen und Aufbau von sozialen Zentren in den Dörfern stärkt man Bereiche, in denen es in Ostdeutschland ohnehin Kapazitäten gibt. Der Ausbau der bestehenden Unternehmen kann durch Genossenschaftsgründungen und Wirtschaftstätigkeiten der öffentlichen Hand selbst verstärkt werden.

■ **Innovation und Demokratie mit Sozial- und Wirtschaftsräten:** Wenn die Wirtschaft sich stärker an den Bedürfnissen der Region ausrichten soll, muss sie selbst stärker demokratisch organisiert sein. Regionale Schwerpunkte für Investitionen sollen durch Wirtschafts- und Sozialräte in einem demokratischen Prozess gefunden werden. Hier treffen Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften, Umweltverbänden, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Hochschulen, Unternehmen, Kommunen und Landesvertretung zusammen. Die Entwicklungslinien werden durch regionale Entwicklungsgesellschaften in Zusammenarbeit mit Landesförderbanken umgesetzt.

■ **Stärkung der Hochschulen** im Osten und der Qualifikationen für eine **gemeinwohlorientierte Verwaltungswissenschaft**.

■ **Förderung von Genossenschaften und Belegschaftsbetrieben**, besonders in der Unternehmensnachfolge entsteht oft ein Vakuum.

Eine Genossenschaftsoffensive für den Osten

Um regionale und kommunale Wertschöpfung zu stärken, wollen wir die Gründung von Genossenschaften fördern. Genossenschaften dürfen dabei nicht als prekäre, »selbstaubeuterische« Konkurrenz zu guter Arbeit aufgebaut werden, sondern als Teil einer Demokratisierung der Wirtschaft. Geförderte Genossenschaften sind an dieselben Kriterien für gute Arbeit gebunden. Sie sollen auf gemeinwohlorientiertes Wirtschaften bezogen sein – das schließt Wirtschaftlichkeit ein, aber nicht Profit. **Es braucht ein neues Verständnis von erfolgreichem Wirtschaften.** Sie können als Energiegenossenschaften arbeiten, die die kommunale Energieversorgung ergänzen, bezahlbares Wohnen, Landwirtschaft, Vertrieb, Brauerei, Produktion und Reparatur, Gesundheitsdienstleistungen oder Elemente der Daseinsvorsorge garantieren. Bei Unternehmen, die aufgegeben werden oder ohne Nachfolge sind, können Genossenschaften die Unternehmensnachfolge in Belegschaftsform übernehmen – und vieles mehr. Notwendig sind:

■ eine Beratungsstruktur, die bei der Gründung, auch durch Managementkapazitäten, und Buchhaltung der Genossenschaften unterstützt und Wege durch die Förderstrukturen aufzeigt.

■ Im Bereich der Hochschulen soll die Wissensproduktion um genossenschaftliche und kooperative Wirtschaft erweitert werden.

■ Angebote für Genossenschaften, bürokratische Vorgänge an eine »Genossenschaft für die Genossenschaften« abzutreten und dadurch zu entlasten.

Exkurs: Zukunft in der Lausitz. Nach dem Ausstieg aus der Braunkohle

Regionalpolitik ist auch Klimapolitik: Das gilt für den Umbau der ehemaligen Steinkohlereviere im Westen, das gilt für den bevorstehenden Umbau der Automobil- und Zuliefererregionen. Und das gilt ganz besonders für den Umbau der Braunkohleregionen in Ost und West. Wenn wir den Kipppunkt bei der Erderwärmung noch verhindern wollen, müssen schnelle und tiefgreifende Einschnitte in unsere Wirtschaftsweise erfolgen. Ein Ausstieg aus der besonders klimaschädlichen Braunkohleverstromung ist überfällig. Technisch, ökonomisch und politisch ist er machbar. Die möglichen negativen ökonomischen Folgen für die Kohleregionen müssen abgewendet werden. Für die von Arbeitsplatzverlust direkt bedrohten Beschäftigten sowie die in vor- und nachgelagerten Bereichen

Tätigen müssen neue Perspektiven erarbeitet werden. Dies muss durch struktur- und beschäftigungspolitische Maßnahmen gesichert werden.

Der Anfang des Jahres vorgelegte Abschlussbericht der Kohlekommission sieht bis spätestens 2038 die unwiderrufliche Stilllegung der deutschen Stein- und Braunkohlekraftwerke vor. Dies betrifft in der Lausitz drei Kraftwerksstandorte und vier Tagebaue. Derzeit arbeiten in den Lausitzer Braunkohletagebauen und -kraftwerken etwa 7 000 Menschen. Zu den direkt in der Braunkohleindustrie Beschäftigten kommen noch Arbeitskräfte in Zulieferbetrieben und Dienstleistern. Nach Schätzung dieser Studie hängen in der Lausitz insgesamt 10 000 bis 16 000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt von der Braunkohle ab, also etwa 1,9 bis 3,0 Prozent aller Erwerbstätigen. Dies scheint wenig, allerdings handelt es sich bei den im Bergbau Tätigen um gut bezahlte und mitbestimmte Arbeitsplätze mit hoher Wertschöpfung, die in der Region Mangelware sind.

Aufgrund des hohen Durchschnittsalters der Beschäftigten der LEAG wird der Rückgang der Braunkohle weitgehend in Einklang mit dem natürlichen Ende der Berufstätigkeit der Mitarbeiter stehen; das kann ergänzt werden durch Angebote von frühzeitigem Ruhestand bzw. Arbeit in der Bergbau-Nachsorge. In der Region fehlen Fachkräfte. Insofern besteht die eigentliche Herausforderung weniger in der zahlenmäßigen Beschäftigungssicherung, sondern darin, attraktive, gut bezahlte und tarifvertraglich abgesicherte Arbeitsplätze für die nächste Generation in anderen Bereichen zu schaffen und die Wirkungen des Kohleausstiegs auf vor- und nachgelagerte Betriebe und Dienstleister abzufedern. Und den Umbau gemeinsam mit den Menschen aus der Region auf den Weg zu bringen, statt über ihre Köpfe hinweg zu planen.

Entsprechend unserer o.g. Vorschläge wollen wir für die Lausitzregion einen Wirtschafts- und Sozialrat einsetzen, in dem zivilgesellschaftliche Akteure, Gewerkschaften und Landesvertreter eine neue Vision, ein Konzept für Entwicklung erarbeiten, das die Menschen in der Region mitnimmt und einen Ausblick auf eine demokratische und nachhaltige Wirtschaftsform bietet. Für die weitere Begleitung und Umsetzung wollen wir eine regionale Entwicklungsgesellschaft gründen, die wiederum in einem Beteiligungsprozess diese Eckpunkte für die Entwicklung in der Region untersetzt. 18 Milliarden der insgesamt 40 Milliarden Euro aus Bundesmitteln werden in die Lausitz fließen. Die Berichte über die roten Zahlen der Braunkohle-Industrie werfen Fragen über die »Entschädigung« der LEAG und anderer Unternehmen auf. Der Strukturwandel darf nicht erneut dazu genutzt werden, dass sich Unternehmen auf Kosten der Steuerzahler gesundstoßen und dann schließen.

- Keine »Entschädigung« ohne Transparenz. Es muss gesichert sein, dass die Kohle-Konzerne die vereinbarten Rückstellungen für die Sanierung der Umweltschäden gebildet haben.
- Ein Teil der Investitionspauschale für Lausitzer Kommunen muss dazu genutzt werden, dass aus den Kommunen heraus Ideen generiert werden. Dazu müssen Geld und Beratung bereitgestellt werden. Das betrifft besonders Kommunen, die in der Haushaltssicherung sind.
- Sozial- und Wirtschaftsräte sollen die Vermittlung von Interessen aus Zivilgesellschaft, Landesregierung, Gewerkschaften, Umweltverbänden und Unternehmen leisten.
- Einrichtung eines »Fonds Zivilgesellschaft« und Umstellung der Förderstrukturen auf die oben genannten Kriterien von guter Arbeit und ökologischer Nachhaltigkeit.

Modellcharakter der Lausitz: Für den weltweiten Klimaschutz hat der deutsche Ausstieg aus der Kohleverstromung eine wichtige Signalwirkung. Die zukünftig bereitgestellten Finanzmittel stellen für die Lausitz eine gute Voraussetzung für einen erfolgreichen Wandel dar, obgleich sie, gemessen an den reinen Beschäftigungswirkungen des Kohleausstiegs, immens erscheinen. Werden die Mittel unter echter Beteiligung der Bevölkerung für zukunftsfähige Projekte eingesetzt, kann der Prozess dazu motivieren, den Kohleausstieg im Revier als Chance statt als Gefahr zu begreifen. So könnte der Kohleausstieg eine Leuchtturmwirkung für viele andere Regionen und Sektoren entwickeln, denen ein vergleichbarer Strukturwandel aus Klimaschutzgründen ebenfalls bevorsteht.

Kommunen müssen handlungsfähig sein. Schuldenschnitt für Altschulden

Besonders die ostdeutschen Bundesländer haben in den vergangenen Jahren Milliarden an sogenannter Schuldentilgung an die Banken überwiesen: 15 Mrd. Euro seit 2013.¹ In Zeiten der Negativzinsen ist diese Prioritätensetzung wirtschaftspolitisch unsinnig und nicht im Interesse nachfolgender Generationen. Das BMWI selbst hat in einer Studie belegt, dass öffentliche Investitionen langfristig die Staatsverschuldung verringern – und zwar spätestens nach 20 Jahren, also für die nächste Generation².

Viele Kommunen stecken in einer aussichtslosen Schuldenfalle. Ein Teil der Altschulden geht darauf zurück, dass den Kommunen die kommunalen Wohnungsbestände als Schulden zugerechnet wurden³. In der DDR wurde der kommunale Wohnungsbau bedarfsorientiert organisiert. Formal hatten die Kommunen für die Errichtung Gelder bei der Staatsbank der DDR aufgenommen. Nach der Einigung wurden die Wohnungsunternehmen in das marktwirtschaftliche Modell übertragen, die Schulden wurden an private Banken weitergegeben und hoch verzinst. Im Unterschied dazu wurden die Erlöse der volkseigenen Betriebe durch die Treuhand keineswegs der Bevölkerung oder den Gemeinden zugeschlagen; wohl aber die Kosten für die durch die Treuhand verursachten Sozialleistungen.

Beispiel Bischofferode: Für das Kalibergwerk in Bischofferode wurden in DDR-Zeiten ausreichend Wohnblöcke gebaut, um den Wohnungsbedarf der Kalikumpel und ihrer Familien zu decken. Die Gemeindeverwaltung Bischofferode wurde nie in Planung und Abrechnung dieser Bauten einbezogen. Die Kosten dieser Häuser tauchten also in der Bilanz der Gemeinde nicht auf. Es wurde auch kein Kreditvertrag mit der Gemeinde geschlossen. Für die damaligen Verantwortlichen war klar, dass sich dieser Wohnungsbau auf jeden Fall rentierte, da mit dem Kalibergwerk Bischofferode ein gewinnbringendes zukunftsfähiges Unternehmen am Ort war, das auch künftig die Auslastung des Wohnungsbestandes absichern würde. Nach der Wende wurde das Kalibergwerk jedoch zugemacht, um Kali & Salz einen Konkurrenten zu ersparen und die DDR-Banken wurden privatisiert – und mit den Banken auch deren Forderungen an private Banken veräußert. Da die Staatsschulden der DDR einzelnen Schuldner – in diesem Fall Bischofferode – zuordnenbar waren, wurden die Forderungen nun auf diese übertragen. So kam es, dass Bischofferode nach dem Bankenverkauf 2,1 Millionen DM Schulden hatte. Heute sind davon noch etwa 800.000 Euro übrig. Gläubiger ist inzwischen die Helaba (Landesbank Hessen-Thüringen). Von den damaligen Häusern stehen nur noch 4 Blöcke, das entspricht etwa 50 Wohneinheiten. Damit ist eine Refinanzierung der Schulden natürlich nicht möglich. Die Mieteinnahmen reichen noch nicht einmal für eine komplette Sanierung.

Auch der Deutsche Städtetag fordert eine gesamtstaatliche Kraftanstrengung zur Tilgung kommunaler Altschulden. Lösungen soll hier die von der Bundesregierung im Juli 2018 eingesetzte »Kommission für gleichwertige Lebensverhältnisse« aufzeigen. Konkrete Schritte wurden nicht vereinbart. Der Abstand zwischen armen und reichen Kommunen in Deutschland wächst weiter.

- Die Restbestände der DDR-Altschulden müssen gestrichen werden.
- Verfestigte Kassenkredite der Kommunen müssen ebenfalls vom Bund in einen Altschuldenfonds übernommen und vom Bund getilgt werden. Die – eigentlich als kurzfristige Finanzierung gedachten – Kassenkredite sind in den vergangenen 20 Jahren um 40 Mrd. Euro angestiegen. Sie sind oftmals die einzige Möglichkeit, die kommunalen Pflichtaufgaben zu erfüllen.
- Die kommunalen Haushalte müssen von den Sozialleistungen entlastet werden. Die Kosten für Unterkunft und Heizung auf ALG II und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz müssen in **vollem Umfang vom Bund** getragen werden.
- DIE LINKE tritt für eine **Reform** der Gewerbesteuer in eine **Gemeindefortschrittsteuer** ein. Unser Konzept sieht Mehreinnahmen in Höhe von 15 Mrd. Euro vor. Verbunden mit der Umsetzung von Konnexität, also der Übernahme der Kosten durch Bund oder Ländern, die von ihnen »verursacht« wurden, können die Kommunen (nicht nur im Osten) wieder auf verlässliche finanzielle Füße kommen.

■ **Förderung von Willkommenskommunen:** Unser Konzept sieht vor, dass Geflüchtete ihren Aufenthaltsort selbst wählen können. Gleichzeitig dürfen die Kommunen mit den Kosten nicht allein gelassen werden, sondern sollen im Gegenteil zusätzliche Förderung, über die Unterstützung der Geflüchteten hinaus, für allgemeine Investitionen in die soziale und technische Infrastruktur erhalten. Damit soll der Effekt der kommunalen Austerität, die vielfach Konkurrenz und Ausgrenzung nach sich zieht, überwunden werden. Wir streben die Förderung der Kommunen aus einer europäischen Fluchtumlage an, die von den Mitgliedsstaaten gezahlt werden, die sich der anteiligen Aufnahme von Geflüchteten verweigern. Bis dahin legt der Bund einen entsprechenden Förderungsfonds auf.

Wie wir das bezahlen

Ein Pfadwechsel kostet Geld. Eine Wirtschaftsförderung, die mehr Wertschöpfung in der Region organisiert, schafft Rückläufe über Steuerzahlung. Höhere Löhne und bessere öffentliche Dienstleistungen mit mehr Arbeitsplätzen stärken die Nachfrage und die Steuereinnahmen in der Region. Für die aktive Wirtschaftspolitik und eine nachhaltige Investitionsstrategie im Osten sehen wir als zusätzliche Finanzierung vor:

■ Die Zusammenfassung der (europäischen) **Förderprogramme** (GRW, ZIM, europäische Fonds, verschiedene andere Wirtschaftsförderprogramme) ergibt derzeit ein Volumen in der Höhe von ca. 8 bis 10 Milliarden Euro pro Jahr für die ostdeutschen Bundesländer. Dieser **Umfang muss erhalten werden** (keine Kürzung der Strukturfonds zu Gunsten des Europäischen Verteidigungsfonds). Die Bundesregierung hat die Abschaffung des **Solidaritätszuschlages** beschlossen. Damit fließen 10 Milliarden Euro weniger in den Bundeshaushalt. Die Regierung will »untere und mittlere Einkommen« entlasten – allerdings zahlen die unteren 40 Prozent der Einkommensbezieherinnen und -bezieher keinen Soli. Der Soli ist die sozial gerechteste Steuer: mit der stärksten Entlastung im unteren Bereich und für Menschen mit Kindern – und der stärksten Belastung für die im oberen Bereich, besonders Menschen ohne Kinder. Die geplante Entlastung für die mittleren Einkommen wird vor allem für die oberen Einkommen erheblich sein. DIE LINKE will den Solidaritätszuschlag für hohe Einkommen erhalten und zu einem Solidaritätspakt III umbauen:

■ DIE LINKE fordert einen **Solidarpakt III** zur Bewältigung des Strukturwandels in Regionen in und nach dem industriellen Umbruch. Das finanzielle Volumen muss an den Solidarpakt II anknüpfen, daher fordern wir mindestens 10 Milliarden Euro jährlich aus Bundesmitteln für den Strukturwandel und Kohäsion zur Verfügung zu stellen. Unser Solidarpakt III richtet sich an alle strukturschwachen Regionen in Deutschland. Wir schlagen für die Planungssicherheit einen Zeitraum bis 2035 für den Solidarpakt III vor und somit ein Gesamtvolumen von mindesten 150 Milliarden Euro.

■ Um die strukturelle Benachteiligung im Osten zu bearbeiten, schlagen wir in den verschiedenen **Wirtschaftsförderungsprogrammen** verbindliche Quoten vor. Diese müssen sich mindesten an dem bisherigen Niveau ausrichten und sollten 30 Prozent des jeweiligen Fördervolumens nicht unterschreiten. Finanzielle Mittel die für den notwendigen Strukturwandel in den Braunkohleregionen aufgewendet werden, dürfen hier nicht gegengerechnet werden.

■ DIE LINKE streitet für die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Nach unserem Konzept würden die bundesweiten Einnahmen nach Bevölkerungszahlen der Bundesländer verteilt. Die Einnahmen würden sich auf etwa 80 Mrd. Euro belaufen – Geld, das den Ländern zukommen würde. Selbst eine niedrig ausgelegte Vermögensteuer würde die Haushalte der Bundesländer besser aufstellen (auch wenn aufgrund der besonderen Geschichte im Osten weniger Vermögen als im Westen vorhanden ist). Selbst eine Vermögensteuer von 1 Prozent würde bundesweit Einnahmen in Höhe von 20 Mrd. Euro ergeben, auf die fünf neuen Bundesländer einschließlich Berlin entfielen jährliche Mehreinnahmen von 4 Mrd. Euro. Eine Vermögensteuer, wie DIE LINKE sie fordert, würde entsprechend zu Mehreinnahmen in Höhe von etwa 15 Mrd. Euro pro Jahr führen.

1| Die bereinigten Einnahmen der öffentlichen Haushalte in den sechs Ost-Ländern haben sich von knapp 72 Mrd. Euro im Jahr 2010 auf mehr als 96 Mrd. Euro im Jahre 2018 verbessert, was einem Plus von über 33 Prozent entspricht (Statistisches Bundesamt). Zum Vergleich: Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen zahlten zusammen 53 Mrd. zurück, während die Verschuldung der restlichen westlichen Bundesländer insgesamt um fast 15 Milliarden gestiegen ist. Warum es in Zeiten der Nullzinspolitik fiskalisch unsinnig ist Schulden zurückzuzahlen, vgl. Exkurs Schuldentilgung.

2| Krebs, Tom, 2016: Quantifizierung der gesamtwirtschaftlichen und fiskalischen Effekte ausgewählter Infrastruktur- und Bildungsinvestitionen in Deutschland, Studie im Auftrag des BMWI, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/renditen-oeffentliche-investitionen.pdf?__blob=publicationFile&v=10

3| Die Kommunen waren mit dem Einigungsvertrag verpflichtet, das volkeigene Vermögen in marktwirtschaftliche Wohnungswirtschaft zu überführen. 1990 wurde der Altbestand der Schulden nach der Währungsumstellung auf 36 Mrd. DM festgelegt. Aufgrund der Zinsen waren es 1993. Erst 1995 wurden Schulden oberhalb von 150 DM/qm gekappt und in einen Erblastentilgungsfonds überführt worden, es blieben immer noch 20 Mrd. DM Schulden. Und auch Wohnungen von vor 1949 wurden mit einer Altschuld von 150 DM/qm belegt. Als Gegenleistung mussten sich die Unternehmen verpflichten, Wohnungen an Mieter zu verkaufen und aus den Einnahmen in den Fonds zurückzuzahlen. Es folgten weitere Altschuldenregelungen, allerdings lagen die Schulden 2004 immer noch 11,24 Mrd. Euro. Rund 72 Prozent der Wohnungsunternehmen geben aktuell an, dass sie durch die Altschulden in ihrer wohnungswirtschaftlichen Tätigkeit eingeschränkt sind.

www.die-linke.de

DIE LINKE
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
Telefon: 030/24009999
kontakt@die-linke.de
www.die-linke.de

ViSdP Jörg Schindler
23. August 2019